



Versagen durch Politik und Verwaltung

Stuttgart 21, Gorleben, jetzt Brieskow-Finkenheerd und demnächst Aurith

Politik und Verwaltung entscheiden gegen die Interessen und das Leben der Bürger. In Brieskow-Finkenheerd (Brandenburg) soll nach Ansicht von Politik und Verwaltung die „neue B112“ durch den Ort geführt werden. Diese offizielle Ortsumgehung die für jeden ersichtlich aber eine Ortsdurchfahrt sein wird, soll mindestens 30 % Entlastung auf der jetzigen Lindenstrasse/ B112 bringen.

Nach Ansicht der Planer ist dafür der Ausbau 3 Spurig, mit einer Geschwindigkeit von 100 km/h und einem Knotenpunkt nördlich von Brieskow-Finkenheerd notwendig.

Den Bürgerinnen und Bürgern des gesamten Amtes Brieskow-Finkenheerd mit seinen 5 Amtsangehörigen Gemeinden wird aber nicht der volle Umfang der kompletten Änderung der Infrastruktur mitgeteilt.

Alle vergessen, dass vom Brandenburgischen Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger bekannt gegebenen Raumordnungsverfahren für einen Brückenschlag bei Aurith. Hier stellte nach Medieninformationen Herr Vogelsänger am 27. Oktober 2010 bei einer Verkündung fest:

„Die Entscheidung für den Bau einer neuen Oderbrücke bei Aurith (Oder-Spree) haben polnische und deutsche Raumplaner einvernehmlich getroffen. Wie Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) am Mittwoch bei der Vorstellung des Projekts in Wiesenau weiter mitteilte, hätten polnische Experten mehrere Routen abgelehnt, da man dabei zu große Niederungen hätte überbrücken müssen. Diese Einschätzung würden auch ihre deutschen Kollegen teilen.“ Quelle: Märkische Oderzeitung

Das bedeutet, dass die Strasse von der Brücke Aurith auf die jetzige B112 zwischen Wiesenau und Ziltendorf trifft. Der Verkehr, auch der Schwerlastverkehr, wird dann nicht zurück nach Pohlitz fahren um dann auf die „neue B 112“ zu kommen, sondern durch Wiesenau und Brieskow-Finkenheerd um dann nördlich von Brieskow-Finkenheerd auf die „neue B112“ zu gelangen.

Das wiederum heißt für die Bewohner aus Brieskow-Finkenheerd, speziell an der Lindenstrasse/B 112 sie werden weiterhin den jetzt schon massiven Schwerlastverkehr vor der Haustür haben!

Ganz zu schweigen davon, dass man zur Umgehung der Maut damit rechnen muss, dass der Schwerlastverkehr dann vermutlich über die L 373 Groß Lindow abfließen könnte. Den Ausbau hat man ja auch seit Jahren nicht vorangetrieben! Der desolate Zustand der L 373 ist ja auch Herrn Infrastrukturminister Vogelsänger bekannt.

Unternehmungen und Einwendungen von Bürgerinitiativen, Gemeindvertretungen und Bewohnern wurden in den bisherigen Verwaltungsverfahren nicht ernst genommen. Somit war eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss eine unerlässliche Notwendigkeit. Rechtlich sind hier keine anderen Möglichkeiten gegeben.

Damit zeigt sich wieder, wie bei Stuttgart 21, Gorleben und weiteren Projekten auch hier in Brieskow-Finkenheerd, dass der Politik und der Verwaltung die deutsche Bevölkerung egal ist. Politik und Verwaltung machen wie es Ihnen gefällt.

Erst schafft es die Politik und Verwaltung die Bevölkerung im Ort Brieskow-Finkenheerd zu teilen, da ja logischerweise die Bewohner der jetzigen B112 so schnell wie möglich eine „Ortsumgehung“ möchten und die anderen natürlich möglichst alles unternehmen wollen, um die „Ortsdurchfahrt“ in eine echte Ortsumgehung zu verwandeln.

Dann bekommt es die Verwaltung nicht hin in den letzten 5 Jahren seit dem Anhörungsverfahren zur Ortsumgehung den Planfeststellungsbeschluss zu beschließen und zu veröffentlichen.

Jetzt bringt man die nächste Hiobsbotschaft für die Amtsgemeinden und erklärt mit der Brücke Aurith, dass unsere polnischen Nachbarn alle anderen Varianten ablehnen und wir, die deutsche Seite, der von der Bevölkerung abgelehnten Variante International zustimmen.

Wo sind wir gelandet?

Geht man so mit dem Bürger in Deutschland um? Sind wir nur noch für das Ausbaden der politischen Ideen verantwortlich?

Andererseits verlangt man aber wieder, dass jeder Bürger bei der nächsten Wahl wieder sein Kreuz macht und beklagt gleichzeitig die Politikverdrossenheit.

Außerdem, wo ist denn der Schutz unserer Amtsverwaltung gegenüber dem Land? Ach ja der Amtsdirektor selbst lebt in keiner der betroffenen Gemeinden, sondern wohnt ja in Frankfurt(Oder), trotz der Zusage bei Amtsantritt zumindest einen Zweitwohnsitz im Bereich zu nehmen.

Wer hier nicht wohnt und die Situation nicht verspürt, weis auch nicht was für Belastungen die Bürgerinnen und Bürger auf sich nehmen müssen.

Nur das Umdenken in Bezug auf die geplante „Ortsumgehung“ B112 von Seiten der Politik und Verwaltung kann hier wieder Vertrauen schaffen.

Lars Wendland

Gemeindevertreter der Gemeinde Brieskow-Finkenheerd